

Antrag des Arbeitskreises Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit an die DGVN-Mitgliederversammlung 15. und 16. November 2024

Resolution: Frieden und Sicherheit sind unverzichtbare Voraussetzungen einer nachhaltigen Entwicklung

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist das zentrale Programm der Vereinten Nationen auf dem Weg zu einer nachhaltigen und gerechten Welt. Zu Beginn der **zweiten Halbzeit der Agenda 2030** zeichnet sich jedoch ab, dass die 2015 einstimmig verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verfehlt werden. So hebt etwa der Sustainable Development Goals Report 2023 der Vereinten Nationen hervor, dass mehr als die Hälfte der verfügbaren Indikatoren **keinen ausreichenden Fortschritt** zeigen; mehr als 30 Prozent zeigen keine Fortschritte oder sogar Rückschritte gegenüber 2015.¹

Einen wesentlichen Faktor stellen hierbei **fortbestehende und neue gewaltsame Konflikte** dar, insbesondere der andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. So ist etwa die Zahl der Todesfälle in gewaltsamen Konflikten von 2021 bis 2022 erstmals seit Verabschiedung der Agenda 2030 wieder angestiegen.² Auch die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und anderen lebensbedrohlichen Krisen aus ihrer Heimat fliehen, steigt weiter an.³

Diese oft nicht in direktem Zusammenhang mit der Agenda 2030 betrachteten **Trends zunehmender Konfliktdichte und Instabilität gefährden die notwendige Transformation unserer Welt** hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, deren Notwendigkeit und Dringlichkeit die Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 einstimmig festgestellt haben. Gewaltsame Konflikte bedrohen nicht nur die Erreichung von SDG 16, in dessen Zentrum friedliche und inklusive Gesellschaften und die deutliche Verringerung aller Formen der Gewalt stehen. Sie binden zudem ein hohes Maß politischer, ökonomischer und menschlicher Ressourcen und untergraben zugleich die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, durch internationale Kooperation und Verständigung notwendige Fortschritte in allen Bereichen einer nachhaltigen Entwicklung zu erzielen. Die in Folge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine gestiegenen weltweiten Nahrungsmittel- und Energiepreise verdeutlichen diese wechselseitige Abhängigkeit unterschiedlicher Dimensionen und Risiken für eine nachhaltige Entwicklung.

Dagegen macht die Agenda 2030 deutlich: **Nachhaltige Entwicklung kann ohne Frieden und Sicherheit nicht verwirklicht werden, und Frieden und Sicherheit sind ohne nachhaltige Entwicklung bedroht.**⁴ Um die Welt auf einen Pfad der Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit zu bringen, Armut und Hunger zu beseitigen, die Klimakrise zu bewältigen, Ungleichheiten zu bekämpfen und Wohlstand im Einklang mit den natürlichen Belastungsgrenzen des Planeten zu sichern, bedarf es multilateraler Kooperation,

¹ <https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2023.pdf>, Seite 4.

² https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2023/E_2023_64_Statistical_Annex_I_and_II.pdf, Seite 201.

³ <https://www.unhcr.org/news/unhcr-forced-displacement-continues-grow-conflicts-escalate>

⁴ <https://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>, Seite 10 (Para. 35).

Verständigung und beschleunigter gemeinsamer Anstrengungen, um das Versprechen der Agenda 2030 einzuhalten.

- Wir sind uns bewusst, dass ein nachhaltiger Frieden im Einklang mit der UN-Agenda 2030 angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage immer weiter in die Ferne zu rücken scheint. Diese Situation darf die internationale Gemeinschaft aber nicht davon abhalten, an den gemeinsam gesteckten Zielen – einschließlich SDG 16 – festzuhalten und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Erreichung der Ziele zu ermöglichen. Wir rufen die internationale Gemeinschaft daher auf, **alle Anstrengungen zu unternehmen, um gewaltsame Konflikte zu befrieden** und durch internationale Kooperation die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden zu schaffen.
- Die DGVN setzt sich weiterhin dafür ein, dass Deutschland und die internationale Gemeinschaft die **internationale Zusammenarbeit, Partnerschaft und friedliche Beilegung von Streitigkeiten** in den Mittelpunkt stellen. Insbesondere rufen wir die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft dazu auf, verstärkte und beschleunigte Anstrengungen zu unternehmen, um die Ziele der Agenda 2030 trotz aller Hindernisse zu verwirklichen. Der im September anstehende **UN-Zukunftsgipfel („Summit of the Future“)** bietet die Gelegenheit, hierfür notwendige Vereinbarungen und Verpflichtungen anzustoßen.
- Die DGVN fordert die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, sich für **proaktive zivile Krisenprävention** einzusetzen und das Engagement zur friedlichen Bewältigung von Streitigkeiten zu verstärken. Gewaltsame Konflikte dürfen nicht nur verwaltet, sondern sie müssen aktiv verhindert und bewältigt werden. Hierfür ist es erforderlich, die Effektivität und Legitimation der UN-Friedenssicherung zu stärken und an die Herausforderungen einer veränderten Weltlage anzupassen. UN-Generalsekretär António Guterres hat hierzu mit dem Policy Brief **„A New Agenda for Peace“** zur Vorbereitung des Summit of the Future 2024 konkrete Vorschläge vorgelegt.
- Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, angesichts der massiven globalen Herausforderungen und einer zunehmenden Polarisierung das eigene **Engagement in der multilateralen und bilateralen Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen und weiter zu intensivieren**. Hier zu kürzen, während parallel die Verteidigungsausgaben steigen, wären nicht nur ein fatales Signal gegenüber unseren internationalen Partnern – es wäre auch sicherheitspolitisch kurzsichtig. Eine integrierte internationale Politik muss darauf ausgerichtet sein, Konfliktursachen vorausschauend zu bekämpfen, bevor es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt.
- Die DGVN fordert die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich in den zuständigen UN-Foren verstärkt für eine **Eindämmung von Rüstungswettläufen**, etwa im Bereich des Cyberraums und bei der Automatisierung von Waffensystemen, einzusetzen. Auch wenn kurzfristige Fortschritte angesichts der aktuellen Weltlage wenig

wahrscheinlich sind, bleiben die Wiederbelebung einer aktiven Rüstungskontrolle und die Ächtung von Massenvernichtungswaffen wichtige Bausteine für eine langfristige Friedenssicherung. Hierfür ist ein effektives internationales Regelwerk unverzichtbar, das die Grundsätze der Reziprozität und Verifizierbarkeit zur Grundlage haben muss.

- Die DGVN fordert die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, die in der UN-Charta verankerten **Regeln zur friedlichen Streitbeilegung** sowie die **Regeln des humanitären Völkerrechts** einzuhalten und konsequent auf eine Einhaltung des Gewaltverbots zu drängen. Eine friedliche und nachhaltige Weltordnung kann nur auf Grundlage des Völkerrechts und in Einklang mit den Grundsätzen und Zielen der UN-Charta gelingen.